

# Bremische Bürgerschaft

## Landtag

### 21. Wahlperiode

#### Anfragen in der Fragestunde der 12. Sitzung

##### **Anfrage 1: Verfahren wegen falscher Verdächtigung Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann und Fraktion Bündnis Deutschland vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. In wie vielen Verfahren vor Bremer Gerichten wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 31. März 2024 Angeklagte aufgrund erwiesener Unschuld freigesprochen? Bitte getrennt nach Jahren und Gerichtsbezeichnung ausweisen.
2. In wie vielen der Fälle aus Frage 1 wurde im Anschluss ein Verfahren wegen falscher Verdächtigung nach § 164 Strafgesetzbuch (StGB) eröffnet und wie sind diese Verfahren ausgegangen? Bitte nach Jahren differenzieren, gegebenenfalls verhängte Strafen gesondert ausweisen.
3. In wie vielen der Verfahren aus Frage 1 befand sich der Angeklagte vor seinem Freispruch in Untersuchungshaft? Bitte getrennt nach Jahren ausweisen.

##### **Anfrage 2: Unterlassungserklärung Henryk M. Broder Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Trifft es zu, dass die Freie Hansestadt Bremen, vertreten durch die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, Frau Dr. Claudia Schilling, kürzlich gegenüber dem durch den Hamburger Anwalt Joachim Nikolaus Steinhöfel vertretenen Publizisten Henryk M. Broder eine vertragsstrafenbewehrte Unterlassungserklärung abgegeben hat?
2. Was war gegebenenfalls der Anlass für die erfolgreiche Abmahnung, sind der Freien Hansestadt Bremen daraus Kosten entstanden und welchem Haushaltsposten werden diese Kosten belastet?
3. Wie viele Unterlassungserklärungen haben die einzelnen senatorischen Dienststellen in den Jahren 2022 und 2023 abgegeben? Bitte getrennt nach Jahren, Dienststelle, Anlass der Unterlassungserklärung und die damit verbundenen Kosten ausweisen.

**Anfrage 3: DigitalPakt Schule 2019 bis 2024: Mittelabfluss aus der Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Administration“  
Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwieser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. In welcher Höhe stehen dem Land Bremen grundsätzlich Mittel im Rahmen der Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 zu und mit welchem finanziellen Volumen sind demgegenüber entsprechende Förderanträge bei der zuständigen Bremer Behördenstelle fristwährend und formgerecht bis zum 31. Dezember 2023 eingegangen?
2. Inwiefern ist der hieran anschließende Prozess des Mittelabrufs durch die jeweiligen Zuwendungsempfänger entsprechend der Maßgabe der Richtlinien über die Förderung von IT-Administration für Schulen in der Freien Hansestadt Bremen bis zum 30. April 2024 vollumfänglich abgeschlossen worden?
3. Mit welchen etwaigen Restmitteln aus der Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Administration“ kalkuliert der Senat zum jetzigen Zeitpunkt überschlägig, sofern Fördergelder nicht bis zum 31. Dezember 2023 entsprechend beantragt beziehungsweise bis zum 30. April 2024 abgerufen wurden?

**Anfrage 4: Organspende rettet Menschenleben  
Anfrage der Abgeordneten Holger Welt, Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Menschen im Land Bremen benötigen oder benötigten in den Jahren 2020 bis 2024 eine Organspende und wie viele Transplantationen wurden in diesem Zeitraum im Land Bremen beziehungsweise durch Initiative/Kooperation der Kliniken im Land Bremen in anderen Bundesländern durchgeführt?
2. Wie lang ist die durchschnittliche Wartezeit für Patient:innen auf eine Organspende im Land Bremen und gibt es hier Kooperationen mit anderen Bundesländern, um akute Notfälle schneller behandeln zu können?
3. Wie plant der Senat das Thema Organspende und Organtransplantation gegebenenfalls im Zuge der Einführung des Organspende-Registers bekannter zu machen und wie bewertet der Senat vor diesem Hintergrund die Initiative, mit einer Widerspruchslösung zur Organentnahme einen Paradigmenwechsel zu erreichen?

**Anfrage 5: Ohne Umweg zur Feuerwehr?  
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das Gründungsvorhaben der Stadt München für zwei neue Berufsfachschulen für das Feuerwehrhandwerk und das Leitstellenwesen?
2. Wie schätzt der Senat die Potentiale zur Fachkräftegewinnung für die Feuerwehren durch ein eigenständiges, spezialisiertes Ausbildungsangebot für Schulabgänger:innen neben dem klassischen Feuerwehreinstieg im Anschluss an eine Ausbildung ein?
3. Zieht der Senat solche Ausbildungsangebote für die Laufbahn Fachrichtung Feuerwehr neben der beabsichtigten Einführung eines Laufbahnzweiges Rettungsdienst im Land Bremen in Betracht?

**Anfrage 6: Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“  
Anfrage der Abgeordneten Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat das Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“, für das der Bund seit 2020 und noch bis Ende 2024 jährlich 30 Millionen Euro für den Aus-, Um- und Neubau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen bereitstellt?
2. Wieviel Mittel konnten davon seit 2020 für den Aus-, Um- und Neubau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen für das Bundesland Bremen generiert werden?
3. Wie viele zusätzliche Frauenhausplätze konnten dadurch geschaffen werden und welche weiteren Planungen verfolgt der Senat diesbezüglich?

**Anfrage 7: Entwicklungen zur Anzahl der Spielhallen  
Anfrage des Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. In wie viele Fällen sind Spielhallenbetreiber:innen in Bremen und Bremerhaven gerichtlich gegen die Ablehnungen ihrer Erlaubnis-anträge für den Betrieb einer Spielhalle ab dem 1. Juli 2023 und hierneben gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung der jeweiligen Schließungsverfügungen vorgegangen?
2. Wie viele der Eilanträge hinsichtlich der Sofortvollziehung der Schließungsverfügung sind noch anhängig und wie viele der betroffenen Spielhallen sind weiterhin geöffnet?
3. Wie verteilen sich die weiterhin geöffneten Spielhallen, für die für den Zeitraum nach dem 1. Juli 2023 Erlaubnisse beantragt wurden, auf die Stadtteile in Bremen und Bremerhaven?

**Anfrage 8: EU warnt vor unzureichender Klimaanpassung: Wo steht das Land Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Emanuel Herold, Philipp Bruck, Bithja Menzel, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung misst der Senat der ersten Europäischen Klimarisikobewertung (European Climate Risk Assessment, EUCRA) der EU-Umweltagentur bei?
2. Was sind aus Sicht des Senats die für den norddeutschen Raum wichtigsten Erkenntnisse des Berichts?
3. Welche Rückschlüsse zieht der Senat mit Blick auf Bremens bisherige Anstrengungen und Planungen im Bereich der Klimaanpassung?

**Anfrage 9: Verschuldung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich die Zahl der verschuldeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land Bremen in den letzten fünf Jahren entwickelt und welche Hauptursachen für Verschuldung wurden jeweils identifiziert?
2. Welche spezifischen Maßnahmen des Senats richten sich an die Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um sie vor Überschuldung zu schützen und welche präventiven Bildungsangebote zum Thema Finanzkompetenz gibt es an den Schulen im Land, bei anderen Bildungseinrichtungen und über soziale Medien?
3. Welche Schuldenberatungsangebote richten sich besonders an die genannte Zielgruppe und leisten bei Überschuldung gezielt Hilfe, wie viele der Betroffenen werden damit tatsächlich erreicht und anhand welcher Faktoren ermittelt der Senat den Bedarf?

**Anfrage 10: Erhöhtes Cybermobbing unter Schüler:innen - auch in Bremen ein Problem?  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Hat der Senat Kenntnis vom Bericht der World Health Organization (WHO) zu „Health Behaviour in Schoolaged Children“, wie bewertet er diesen und welche Konsequenzen zieht der Senat aus dem Bericht?
2. Ist dem Senat bekannt, wie viele Bremer und Bremerhavener Schüler:innen in den letzten drei Jahren von Cybermobbing betroffen waren und wie bewertet der Senat diese Problematik und ihre Entwicklung?
3. Welche konkreten Maßnahmen ergreift der Senat, um das Bewusstsein der Schüler:innen, aber auch ihrer Familienangehörigen und Lehrkräfte für Cybermobbing im Land Bremen zu schärfen und welche Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten gibt es für die Betroffenen im Land Bremen?

**Anfrage 11: DAK-Pflegereport: Pflegekräftemangel in Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Ergebnisse des aktuellen DAK-Pflegereports, wonach Bremen die Folgen des Pflegekräftemangels schneller zu spüren bekommen wird als andere Bundesländer?
2. Inwiefern ist aus Sicht des Senats für Bremen bereits in fünf Jahren ein personeller Kipppunkt zu erwarten?
3. Wie hoch ist die in den nächsten zehn Jahren in Bremen zu ersetzende Pflegepersonalquote, und wie wird es aus Sicht des Senats gelingen, die Lücke der altersbedingten Berufsaustritte zu schließen?

**Anfrage 12: Nachfragen zu Nebenjobs von Bremer Staatsräten  
Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 11. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welchen sachlichen Grund hat die vom Senat nach Artikel 113 Absatz 2 Landesverfassung getroffene Entscheidung, dass ein Mitglied des Senats Aufsichtsratsmitglied im international agierenden Unternehmen ArcelorMittal werden darf?
2. Inwieweit sieht der Senat eine Interessenkollision angesichts künftiger von der Bremer Verwaltung zu treffender Entscheidungen zum Bremer Stahlwerk sowie der Zusage zu Subventionszahlungen in dreistelliger Millionenhöhe einerseits und der Treuepflicht sowie der Verschwiegenheitspflicht eines Aufsichtsratsmitglieds eines privat wirtschaftenden Unternehmens andererseits?
3. Ist für den betroffenen Staatsrat künftig eine Teilzeitregelung als Staatsrat geplant, damit er seiner Aufsichtsrats Tätigkeit vollumfänglich nachkommen kann und sich gegebenenfalls beruflich weiterentwickeln kann?

**Anfrage 13: Raubstrafat durch Nordafrikaner  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland  
vom 15. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie häufig sind die vier 17, 19, 21 und 25 Jahre alten männlichen Staatsangehörigen aus Libyen und Algerien bereits polizeilich in Erscheinung getreten, die laut Pressemitteilung der Bremer Polizei vom 14. April 2024 (POL-HB: Nummer: 0204) in der Nacht zuvor wegen Antanzdelikten dingfest gemacht wurden und um welche Art von Straftaten handelte es sich (bitte die Delikte für jeden der Personen und das Alter zum Zeitpunkt des Tatverdachts gesondert auflühren)?
2. Welchen Aufenthaltsstatus haben die Straffälligen aus Frage 1, wann sind die Nordafrikaner jeweils erstmals in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und wie viele von ihnen befinden sich noch in der Obhut des Jugendamtes und wann wurde die Inobhutnahme jeweils verfügt beziehungsweise beendet?
3. Für wie viele der oben genannten Personen wurden nach der unter Ziffer genannten Tat Haftbefehle beantragt, wie viele der Anträge wurden vom Haftrichter abgelehnt und was waren ggf. die Gründe für die Ablehnung (bitte gesondert nach jedem einzelnen Tatverdächtigen ausweisen)?

**Anfrage 14: Ausländische Tatverdächtige im Land Bremen  
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland  
vom 15. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele ausländische Tatverdächtige wurden zwischen 2019 und 2023 im Land Bremen ermittelt und wie viele dieser Personen sollen Gewaltstraftaten verübt haben (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
2. Welche Nationalitäten unter den ausländischen Tatverdächtigen im Land Bremen haben zwischen 2019 und 2023 die meisten Straftaten begangen (bitte die fünf Herkunftsstaaten mit der höchsten Zahl an Tatverdächtigen und die jeweilige Zahl der Delikte getrennt nach Jahren aufschlüsseln)?
3. Wie viele Intensivtäter waren zwischen 2019 und 2023 jeweils zum Stichtag 31. Dezember im Land Bremen polizeilich registriert, welche Nationalität hatten diese Personen und für wie viele Straftaten wurden sie jeweils verantwortlich gemacht (bitte getrennt nach Jahren, Nationalität und Zahl der Straftaten ausweisen)?

**Anfrage 15: Digitalisierung in Bremer Schulen vorangetrieben?  
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Yvonne Averwesser, Frank Imhoff und  
Fraktion der CDU  
vom 16. April 2024**

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

**Anfrage 16: Erfolgsmodell „Soko Junge Räuber“?  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion  
der CDU  
vom 18. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Polizisten sind aktuell aktiv in der „Soko Junge Räuber“ (Stand: 1. April 2024)?
2. Wie viele Haftbefehle wurden seit der Einsetzung der „Soko Junge Räuber“ erwirkt, wie viele davon konnten vollstreckt werden und wie viele der aufgrund dieser Haftbefehle Inhaftierten sitzen aktuell noch in (Untersuchungs)-Haft (Stand: 1. April 2024)?
3. Wie viele dieser Straftäter konnten bereits verurteilt werden?

**Anfrage 17: Inländer:innenschaft als anerkannter Bleibegrund für kriminelle Clan-Mitglieder in Bremen**

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU**

**vom 18. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie definiert der Senat den in der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion „Unwissenheit oder tatsächliche zeitliche Probleme bei der Informationsbeschaffung? Nachfragen zur Clankriminalität“ (Drucksache 21/377) genutzten Begriff der „faktischen Inländer:innenschaft“ im Zusammenhang mit der Ausländer- und Asylpolitik und welche Voraussetzung müssen hierfür erfüllt werden?
2. Inwieweit ist der Begriff der „faktischen Inländer:innenschaft“ ein in der Ausländer- und Asylpolitik anerkannter Rechtsbegriff und auf welche Gesetzesgrundlage stützt der Bremer Senat dieses Bleiberecht?
3. Welche Rechte gehen mit der „faktischen Inländer:innenschaft“ einher?

**Anfrage 18: Umgang mit der Asiatischen Hornisse im Land Bremen**

**Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Frank Imhoff und Fraktion der CDU**

**vom 23. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den ersten Nachweis der Asiatischen Hornisse in Bremen und welche Strategie verfolgt der Senat beim Umgang mit der Asiatischen Hornisse im Land Bremen?
2. Wie stellt der Senat die von der Europäischen Kommission (Verordnung [EU] Nr. 1143/2014) geforderte Meldung und Beseitigung der Asiatischen Hornisse auf Grund der Einstufung als invasive und gebietsfremde Art in der Kategorie „Früherkennung“ sicher?
3. Wer ist für die Beseitigung von Nestern der Asiatischen Hornisse im Land Bremen zuständig und wer trägt gegebenenfalls anfallende Kosten?

**Anfrage 19: Überfall durch einen Tunesier**

**Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland**

**vom 24. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie häufig ist der 16-jährige Tunesier, der laut Pressemitteilung der Bremer Polizei vom 22. April 2024 (POL-HB: Nummer: 0221) zwei Tage zuvor einen 23-Jährigen in der Bremer Bahnhofsvorstand überfallen hatte, in der Vergangenheit bereits polizeilich in Erscheinung getreten und um welche Art von Delikten handelte es sich (bitte die Delikte und das Alter zum Zeitpunkt des Tatverdachts gesondert auflisten)?
2. Welchen Aufenthaltsstatus hat der Tatverdächtige aus Frage 1. und wann ist die Person erstmals in die Bundesrepublik Deutschland eingereist?
3. Welche Maßnahmen haben die Bremer Behörden in der Vergangenheit konkret unternommen, um pädagogisch auf diesen Straftäter einzuwirken, damit die kriminelle Karriere unterbrochen wird?

**Anfrage 20: Koordinierungsstelle der Bremer Pflegeinitiative  
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 26. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Arbeit der Bremer Pflegeinitiative und ihrer im Jahr 2021 eingerichteten Koordinierungsstelle?
2. Aus welchen Gründen wurde die Koordinierungsstelle zunächst aus Haushaltsmitteln finanziert und soll zukünftig von den Mitgliedern der Bremer Pflegeinitiative getragen werden?
3. Mit welchen Maßnahmen plant der Senat, die Arbeit der Initiative nachhaltig zu sichern, welche Möglichkeiten werden gesehen, sich weiterhin finanziell zu engagieren und mit welchem Ergebnis wurden diesbezüglich Gespräche mit der Bremer Pflegeinitiative geführt?

**Anfrage 21: Einsatz von Wärmebild- und Nachtsichtvorsatzgeräten bei der Bejagung von Wild  
Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Frank Imhoff und Fraktion der CDU**

Wir fragen den Senat:

1. Wie begründet und bewertet der Senat das geltende Verbot von Wärmebild- und Nachtsichtvorsatzgeräten bei der Bejagung von Wild im Land Bremen angesichts des Umstandes, dass dies in Niedersachsen teilweise erlaubt ist?
2. Wird der Senat dem Beispiel Niedersachsens folgen und die Anpassung der geltenden bremischen Regelungen dazu einleiten, sodass Schwarzwild, Raubwild und Neozoen per Wärmebild- und Nachtsichtvorsatztechnik bejagt werden dürfen und wenn ja, wann, wenn nein, warum nicht?
3. Wie bewertet der Senat die Chancen durch die Ermöglichung des Einsatzes von Wärmebild- und Nachtsichtvorsatzgeräten im Land Bremen, die allgemeine Sicherheit für Menschen durch die Minderung der Gefahr der versehentlichen schweren und/oder tödlichen Unfällen zu erhöhen, sowie die Deichsicherheit zu verbessern und Bodenbrüter besser zu schützen, indem Neozoen (wie zum Beispiel Nutrias) und Raubwild gezielt und besser bejagt werden könnten?

**Anfrage 22: Noch eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche in Gefahr – Wie steht es ums FabLab?  
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 29. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat Idee und Arbeit des FabLab?
2. Trifft es zu, dass der Fortbestand des FabLab aktuell gefährdet ist und wenn ja, aus welchen Gründen?
3. Wenn die Gefährdung (auch) auf ein Finanzierungsproblem zurückzuführen sein sollte, in welcher Höhe werden finanzielle Mittel benötigt?

**Anfrage 23: Was versteht der Senat unter Einzelfällen?  
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 29. April 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Vor dem Hintergrund der Antwort des Senats auf die Anfrage „Leistungsbezug mit Wohnsitz im Ausland – Ein Einzelfall?“ (Drucksache 21/401), in der der Senat zu Frage 9 ausführte, dass es in Einzelfällen zu Ortsabwesenheiten und Betrugsversuchen käme, dass aber keine Auswertung beziehungsweise Statistik dazu vorliege, stellt sich die Frage, was genau versteht der Senat unter Einzelfällen?
2. Wie lange hätte die Erstellung einer entsprechenden Statistik in diesem konkreten Fall gedauert?
3. Welche Gründe sprechen gegen die generelle Einführung einer Statistik in diesem Bereich?

**Anfrage 24: Fortsetzung folgt: Möchte oder kann der Senat die einfachsten Fragen nicht beantworten?  
Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU  
vom 14. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern sind Mitglieder des Senats Bovenschulte jederzeit über eingesetzte Arbeitsgruppen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich informiert?
2. Welche Arbeitsgruppen haben in welchem Ressort und ressortübergreifend seit 2019 jeweils existiert (bitte für jede Arbeitsgruppe die Agenda, den Zeitplan, die Zielsetzung und das Ergebnis skizzieren)?
3. Wann wurden diese Arbeitsgruppen aus welchen Gründen von wem eingesetzt und wann wurde der jeweils zuständige Senator über die Arbeitsgruppe informiert?

**Anfrage 25: Wie steht es um die Sicherung des Kinderschutzes in Kitas und Tagespflegestellen im Land Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Frank Imhoff und Fraktion der CDU  
vom 14. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kinderschutzmeldungen erfolgten in den Jahren 2019 bis 2024 aus Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen im Land Bremen? (Bitte weisen Sie die Daten pro Jahr nach Einrichtungsart und Tätergruppen „Eltern, Erzieher/Tageseltern/Betreuer, andere Kinder“ aus.)
2. Welche staatlichen Sicherheitsstandards sind im Land Bremen den Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen zum Schutz von Kindern vor Gewalt und sexuellen Übergriffen verbindlich vorgegeben?
3. Wie konkret werden diese Sicherheitsstandards und damit auch verbundene Schulungen und Weiterbildungen von Personal in den Einrichtungen überprüft? (Bitte erläutern Sie dazu Inhalte und Abläufe dieser Kontrollen, die Anzahl überprüfter Einrichtungen nach Art der Einrichtung sowie den Turnus erfolgreicher Kontrollen in den Jahren 2019 bis 2024.)

**Anfrage 26: Feststellung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Schwerbehinderung im bremischen öffentlichen Dienst  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU  
vom 14. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich die Quote von schwerbehinderten Menschen im bremischen öffentlichen Dienst seit 2021 bis zum 31. Dezember 2023 entwickelt?
2. Welche konkreten Schritte hat der Senat seit 2021 unternommen, um die Beschäftigungssituation für Menschen mit Schwerbehinderung zu verbessern und die Quote zu stabilisieren?
3. Wie viele Personen waren insgesamt im öffentlichen Dienst in Bremen beschäftigt, wie viele davon wurden als schwerbehindert eingestuft, und gab es Fälle von Mehrfacheinrechnungen aufgrund besonderer Härtefälle, wenn ja, wie wurden diese behandelt und wie viele solche Fälle gab es?

**Anfrage 27: Bekämpfung von Zwangsprostitution in Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU  
vom 14. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele eingeleitete Strafverfahren und daraus resultierende Verurteilungen gab es in den vergangenen drei Jahren im Land Bremen wegen Delikten im Zusammenhang mit Zwangsprostitution?
2. Inwiefern plant der Senat die Kontrolldichte im Hinblick auf Zwangsprostitution zu erhöhen?
3. Inwieweit würde der Senat seine derzeitige Politik im Bereich der Bekämpfung von Zwangsprostitution als erfolgreich bewerten?

**Anfrage 28: Wann kommt der Hitzeaktionsplan?  
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP  
vom 15. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wann ist mit der Fertigstellung des Hitzeaktionsplans für das Land Bremen zu rechnen?
2. Inwieweit und wann ist eine Informationskampagne dazu geplant?
3. Welches Ressort ist zukünftig federführend für eine regelmäßige Bestandsaufnahme, Aktualisierung sowie Evaluierung des Hitzeaktionsplans zuständig?

**Anfrage 29: Tierschutzfachliche Expertise**  
**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP**  
**vom 15. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Bei welchen Verfahren haben Senat und Vollzugsbehörden die Landestierschutzbeauftragte einbezogen und ihre tierschutzfachliche Expertise eingeholt?
2. Welche Initiativen zur Verbesserung des Tierschutzes im Land Bremen hat die Landestierschutzbeauftragte sowohl regional als auch überregional auf den Weg gebracht?
3. Wie häufig hat der Tierschutzbeirat in den vergangenen fünf Jahren getagt und in Fragen des Tierschutzes beraten und unterstützt?

**Anfrage 30: Antisemitische Bedrohungslage und Versammlungsfreiheit an der Universität Bremen im Kontext Israel/Palästina**  
**Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE**  
**vom 22. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen Senat und Universitätsleitung über antisemitische Vorkommnisse und Straftaten an der Universität Bremen oder Bedrohungslagen jüdischer Studierender vor?
2. Welche Erkenntnisse führten zu der Entscheidung des Rektorats, das friedliche Protestcamp aufgrund des Risikos der Entstehung einer sicherheitsgefährdenden Situation aufzulösen und welche Rechtsabwägung wurde hinsichtlich der Versammlungsfreiheit durch die Innenbehörden vorgenommen?
3. Welche Maßnahmen sind geplant oder wurden bereits ergriffen, um der derzeitigen Polarisierung entgegenzuwirken, den Schutz von jüdischen Studierenden und die Meinungsfreiheit sowie den demokratischen Diskurs an Universität und Hochschulen zu gewährleisten?

**Anfrage 31: Warum beteiligen sich Senatorinnen in Bremen an Tarifstreiks?**  
**Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP**  
**vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welchen Charakter hatte die Beteiligung der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation Kristina Vogt (zum Beispiel Privatveranstaltung, Vertreterin des Senats, Arbeitgebervertreterin, Wahlkampfauftritt) an der zentralen Kundgebung der IG Bauen-Agrar-Umwelt auf der Bürgerweide am 22. Mai 2024?
2. Wie kann Senatorin Kristina Vogt Ihre Rolle als neutrale Vermittlerin zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen aufrechterhalten, wenn sie aktiv als Rednerin an einem Streik teilnimmt, der klar eine Seite in aktiven Tarifverhandlungen unterstützt?
3. Inwiefern könnte nach Ansicht des Senats die Teilnahme von Senatorin Vogt an der Demonstration die öffentliche Wahrnehmung ihrer Unparteilichkeit und Objektivität beeinflussen und möglicherweise das Vertrauen in ihre Fähigkeit zur fairen Vermittlung mindern?